

Kommentar

hzi bw

Anzahl Dokumente: 1

Inhalt

2022-07-31 SonntagsZeitung	Wo ist unser Rishi Sunak?	2
----------------------------	---------------------------------	---

Wo ist unser Rishi Sunak?

Bilanz zum Nationalfeiertag In Grossbritannien könnte Rishi Sunak als erster Politiker mit Migrationshintergrund Premierminister werden. In der Schweiz fehlen solche Karrieren fast gänzlich. Warum eigentlich?

Bettina Weber

Fest steht: Der nächste Premierminister Grossbritanniens wird kein alter, weisser Mann sein. Sondern weiblich oder dunkelhäutig (und in den Vierzigern). Mit Liz Truss (47) und Rishi Sunak (42) treten zwei Mitglieder der Konservativen Partei an, den zurückgetretenen Boris Johnson (58) zu beerben. Das heisst: Entweder stellen die Tories nach Margaret Thatcher und Theresa May bald die dritte Frau als Premierministerin – oder den ersten Vertreter einer ethnischen Minderheit.

Das stimmt so gar nicht mit dem Bild überein, das man von den britischen Konservativen gemeinhin hat. Und es ist ja auch richtig: Meist waren es weisse Männer, die dank alter Seilschaften – geknüpft im Elite-Internat Eton, dann weitergepflegt an den Elite-Unis Oxford und Cambridge – Politik auf sonntäglichen Jagdausflügen oder in verrauchten Gentlemen-Only-Clubs betrieben.

Heute aber sind die Tories so divers, dass von den anfangs acht Mitgliedern, die sich für die Johnson-Nachfolge bewarben, vier weiblich waren und vier einer ethnischen Minderheit angehörten; gleich zwei Kandidatinnen vereinten beide Merkmale auf sich.

Dass ausgerechnet die Konservativen derart viel hochkarätiges Personal mit Migrationshintergrund bieten können, ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer kühl kalkulierten Strategie.

2005 erstellte der damalige Tory-Premier David Cameron eine Art Masterplan, um gezielt Angehörige ethnischer Minderheiten ins Boot zu holen. Sie machen rund 20 Prozent der britischen Bevölkerung aus – in der Hauptstadt London sind sie bereits in der Mehrheit. Cameron erkannte das riesige Potenzial, und wie unklug es wäre, dieses ungenutzt zu lassen.

Das wirft die Frage auf, warum in der Schweiz von einem ähnlichen Effort nichts zu spüren ist. Die demografischen Zahlen sind mit Grossbritannien vergleichbar: 2,7 Millionen oder 38 Prozent der Schweizer Bevölkerung über 15 Jahre haben einen Migrationshintergrund.

Darunter versteht das Bundesamt für Statistik vereinfacht gesagt «Personen ausländischer Staatsangehörigkeit und eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer». Etwas mehr als ein Drittel davon – knapp über eine Million Personen – besitzt den roten Pass.

Nur die SP hat ein entsprechendes Gremium

Diese grosse Gruppe darf zur Urne gehen, und sie kann sich auch selbst wählen lassen. Bloss machen nur wenige davon

Gebrauch. Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund sind in der Schweiz eine Seltenheit, vor allem auf nationaler Ebene. Spontan fallen einem nur Sibel Arslan von den Grünen ein oder Yvette Estermann, die gebürtige Slowakin aus der SVP.

Nenad Stojanovic, Politologieprofessor an der Universität Genf, sagt: «Die Schweizer Parteien verhalten sich eher passiv gegenüber den Menschen mit Migrationshintergrund.» Nur gerade innerhalb der SP gibt es ein entsprechendes Gremium.

Anhand der Nationalratswahlen 2015 hat Stojanovic den migrantischen Anteil in den Parlamenten untersucht. «20 Prozent der Stimm- und Wahlberechtigten haben einen Migrationshintergrund. Unter den Kandidierenden auf den Nationalratslisten schrumpfte ihr Anteil auf 12 Prozent zusammen. Und unter den effektiv Gewählten machten sie schliesslich noch 5 Prozent aus», sagt Nenad Stojanovic.

Diese Werte entsprechen nicht einmal annähernd dem Anteil in der Bevölkerung. Das frustriert Ron Halbright, der sich mit Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund in der Gruppe «Gewählte Stimme» für mehr migrantische Beteiligung in der Politik einsetzt.

Er nennt es «antidemokratisch», wenn im Parlament stets nur über Migrantinnen und Migranten geredet werde, aber nie mit ihnen. «Geht es um Frauen, reden die Frauen mit, geht es um Bauern, reden die Bauern mit, im Gesundheitswesen ist es dasselbe, nur die Menschen mit Migrationshintergrund werden nicht gehört», sagt Halbright.

Die Frage ist: Warum kann das die Schweiz, die das in den Schulen oder im Fussball ziemlich gut hinbekommt und überhaupt als Integrationsweltmeisterin gilt, nicht besser?

Da ist zunächst einmal das grundsätzliche Problem, dass hier Geborene nicht automatisch die Schweizer Staatsbürgerschaft erhalten, wie das bei Geburten in den USA oder Grossbritannien der Fall ist. Dass sich zuerst einbürgern lassen muss, wer politisch mitreden will, ist nach Ansicht von Ron Halbright eine so entscheidende wie fatale Hürde.

Laut Nenad Stojanovic, der einst selber für die SP politisierte, liegt ein weiterer Grund in unserem Wahlsystem: am weltweiten Unikum, dass Kandidierende von den Parteilisten gestrichen werden können. 2019 wiesen Stojanovic und seine Kollegin Lea Portmann in einer Studie erstmals nach, dass fremdländisch klingende Namen häufiger von diesen Listen gestrichen werden.

Der Unterschied fiel zwar nicht so stark aus, aber laut Stojanovic doch so, dass er den Ausschlag geben kann zwischen «gewählt» und «nicht gewählt». Allerdings spielte dabei die Nationalität kaum eine Rolle, – ein Mustafa oder Granit hatte genauso wenig Chancen wie eine Wiebke oder ein Detlef.

Bei der linken Wählerschaft erwies sich die Herkunft als bedeutungslos, je mehr sich die politische Gesinnung nach rechts bewegt, desto stärker war der Effekt nachweisbar. Am wenigsten Chancen hatten ausländische Namen auf SVP-Listen.

Laut Stojanovic befinden sich rechte Parteien in einem Dilemma: «Sie wissen, dass sie neue Wählergruppen erschliessen müssen. Bei zu vielen Migrantinnen und Migranten auf ihrer Liste laufen sie aber Gefahr, die Stammwählerschaft zu vergraulen.» Das könne sich als Bumerang erweisen. Andrea Sommer vom Generalsekretariat der SVP widerspricht: «Wir heissen alle willkommen, die unsere Werte teilen und bereit sind, sich zu engagieren und anzupacken.» Die Partei wünschte sich mehr Frauen auf den Kandidatenlisten und sei auch offen für Mitglieder mit Migrationshintergrund, denn man wolle bewusst die ganze Schweiz abbilden.

Migration macht «nicht automatisch links»

Tatsächlich ortet Sommer nicht nur zahlenmässig, sondern auch ideologisch Potenzial: «Es fällt mir immer wieder auf, dass Migrantinnen und Migranten keineswegs automatisch links sind, gerade dann nicht, wenn sie gut integriert und hier erfolgreich sind.»

Nenad Stojanovic bestätigt dies: «Bei der Debatte um das Ausländerwahlrecht hiess es früher von rechts oft, dass die Linken davon profitieren würden. Das stimmt aber nicht: Ein Migrationshintergrund macht einen nicht automatisch links.»

Interessant ist hier auch wieder Grossbritannien. Der amtierende Wirtschaftsminister Kwasi Kwarteng, dessen Eltern aus Ghana stammen, störte sich immer an der Identitätspolitik der Linken, weil er weder auf seine Hautfarbe noch seine Ethnie reduziert werden wolle: «Warum sollen ethnische Politiker immer nur ihre Community vertreten? Das machen die übrigen Politiker auch nicht», sagte Kwarteng der BBC.

Die gleiche Meinung vertritt Përparim Avdili, Präsident der Stadtzürcher FDP und einer der wenigen Albaner, die in der Politik anzutreffen sind. Er setzte zwar zu Beginn seiner Politikkarriere absichtlich auf die Karte «junger Mann mit Migrationshintergrund» und thematisierte sein Anderssein in einer bürgerlichen Partei, indem er Plakate auf Albanisch drucken liess.

Grundsätzlich aber «identifizieren sich Menschen der zweiten Generation nicht mehr ausschliesslich über ihre Migrationsgeschichte», deshalb halte er auch nichts von Migrantenlisten. «Wir haben eine politische Meinung wie alle anderen auch», sagt Avdili. Diese habe sich durchaus auch aufgrund ihrer Vergangenheit gebildet, sagt der 34-jährige Sohn eines Saisonarbeiters. «Man musste sehr viel leisten, um etwas zu erreichen, der Ehrgeiz ist gross und das Freiheitsbedürfnis ebenfalls.»

Dass er nicht links politisiert, dünkt ihn nur logisch: «Balkanstämmige Menschen litten unter dem Sozialismus.» Kurdischstämmige Menschen wie die Grüne Sibel Arslan seien wiederum eher in linken Parteien anzutreffen, weil sie in ihrer Heimat unter einem rechtskonservativen Regime gelitten hätten.

Nenad Stojanovic sagt, dass die Herkunft auch dahingehend prägen könne, dass man wegen schlechter Erfahrungen mit Politik nichts mehr zu tun haben wolle damit: «Gerade bei Menschen aus Ex-Jugoslawien ist das der Fall. Aber natürlich geht es auch um Bildung.» Menschen mit Migrationshintergrund seien im Schnitt schlechter ausgebildet und verdienten weniger, da biete sich der Schritt in die Politik weniger an.

Er selbst sei als Akademiker mit Akademikereltern damals auf Anhieb ins Luganeser Stadtparlament und später in den Tessiner Grossen Rat gewählt worden. Allerdings, räumt Nenad Stojanovic ein, bilde der Kanton Tessin eine Ausnahme: «Das Streichen von Namen bei Wahlen ist dort nicht möglich.»

Im Nationalrat ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund untervertreten. Foto: Keystone

Von links: Politologe Nenad Stojanovic, Nationalrätin Sibel Arslan (Grüne), Nationalrätin Yvette Estermann (SVP) und Përparim Avdili, Präsident der Zürcher FDP. Fotos: Keystone

Wird er britischer Premierminister? Rishi Sunak. Foto: Keystone